



ILS-JOURNAL

Wachstum gestalten – neue Antworten auf aktuelle Herausforderungen

3/15

Inhalt

Neues aus der Forschung	2 - 5
Nachwuchsförderung/Personalia	6 - 7
Projektergebnisse	8 - 9
Kurznachrichten	10
5R-Netzwerk	11
Veranstaltungshinweise/ Veröffentlichungen/Impressum	12

Viele deutsche Großstadtregionen sehen sich derzeit einem Wachstumsdruck ausgesetzt, der vor ein paar Jahren noch unvorstellbar schien. Wir blicken auf ein Jahrzehnt zurück, in dem die Diskurse der Raum- und Stadtentwicklungspolitik in Deutschland – zu Recht – von den Möglichkeiten eines gelingenden „Schrumpfens“ dominiert waren. Inzwischen stellt sich die Situation allerdings verändert dar: Die Zuwanderung in die großen Städte und in deren Umland – sei es durch Bildungswandernde, Mittelschichtsfamilien, Kreative oder auch Flüchtlinge – stellt neue Fragen nach dem „Wie“ und „Wo“ eines sozial, ökonomisch und ökologisch verantwortbaren städtischen Wachstums.

Der Schrumpfungsdiskurs ist damit aber keinesfalls abgelöst. Auch in Zukunft wird die Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung die raum- und stadtstrukturelle Entwicklung in Deutschland prägen. Der demografische Alterungsprozess wird sich fortsetzen und spürbar sein, auch in den Wachstumsregionen. Die Erkenntnisse der Migrationsforschung legen zudem

nahe, dass insbesondere höher verdichtete Regionen mit ihren kulturellen Anknüpfungspunkten, Netzwerken, offeneren Wohnungsmärkten und Erwerbschancen das Ziel von Flüchtlingen sein werden. Die Schrumpfung ländlicher und altindustrieller Räume wird daher allenfalls gedämpft, nicht aber umgekehrt.

Wie aber lässt sich regional differenziert Wachstum gestalten? Wie lassen sich Fehler vermeiden, die etwa zur Zeit der Wende oder in den 1960er- und 1970er-Jahren gemacht wurden? Es irritiert, wenn heute wieder Stimmen zu vernehmen sind, die zumindest ein befristetes Abrücken von den fachlichen Standards eines qualitätsorientierten Städte- und Wohnungsbaus empfehlen. Sicher, die Bewältigung der Flüchtlingskrise bedarf zunächst unmittelbarer, auch provisorischer Unterbringungs- und Versorgungsleistungen. Akutes Handeln muss aber verknüpft sein mit längerfristig orientierten Lösungen für eine integrative Stadtentwicklung und inklusive Stadtgesellschaft. Dafür sind jetzt die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen.

Integrative Stadtentwicklung



Ruhr-Universität Bochum

Entwicklung nicht dem Markt überlassen

Die vergangenen Jahre waren durch einen weitgehenden Rückzug von Staat und Kommunen aus dem Wohnungsbau gekennzeichnet. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen jedoch, dass ein bauleitplanerisches Rahmensetzen für private Investitionen nicht ausreicht. Aktiv gestalten können nur solche Kommunen, welche die Instrumente einer sozial-gerechten Stadtentwicklung konsequent ausschöpfen. Eine aktive Bodenvorratspolitik, ein kommunaler Zwischenerwerb, Konzeptvergaben bei Veräußerung kommunaler Liegenschaften und städtebauliche Verträge sind elementar, um eine sozial orientierte Stadtentwicklungspolitik umzusetzen.

Stadtteile statt Siedlungen

Der Städtebau der 2000er-Jahre war ferner durch eine eher kleinteilige Innenentwicklung und Siedlungserweiterungen an den Stadträndern mit geringen oder moderaten Dichten geprägt. Der aktuelle Wachstumsdruck erzwingt es nach unserer Einschätzung jedoch, erneut über größere Gebietsentwicklungen mit qualifizierter Dichte nachzudenken. Die Entwicklung neuer funktions- und sozial gemischter Stadtteile mit ausgezeichneter ÖPNV-Anbindung kann eine Antwort auf die enorme Verknappung an bezahlbarem Wohnraum sein. Neben der konsequenten Aktivierung der Innenentwicklungspotenziale sowie der Nutzung von Konversionsflächen und Gewerbebrachen sollte die Entwicklung neuer Standorte nicht ausgeschlossen sein.

Stadtregionale Lösungen

Eine Lösung der Wohnungsknappheit in

den Stadtregionen bedarf mehr denn je der interkommunalen Kooperation. Dafür sprechen die Flächenknappheit der Kernstädte wie auch die begrenzten Planungskapazitäten vieler Umlandgemeinden. Sinnvoll erscheint die Entwicklung von stadtrationalen Konzepten, in denen sich Kernstädte und Umlandgemeinden auf gemeinsam getragene Gebietsentwicklungen und Wohnungsbauleistungen verständigen. Dies erfordert neue innovative Lösungen bei der Verteilung von Kosten und Nutzen zwischen den beteiligten Akteuren.

Integrationspotenziale kleinerer Städte und metropolferner Regionen fördern

Die Zuwanderung wird sich nicht allein in den urbanen Kernen und ihrem engen suburbanen Umfeld bewältigen lassen. Auch ländliche Regionen verfügen über Zuwanderungspotenziale. Diese Regionen aber haben vielfach geringe Erfahrungen mit Diversität und Integrationsaufgaben. Erforderlich sind daher flankierende Programme zur Förderung des Integrationspotenzials kleinerer Städte und Gemeinden.

Sozialen Wohnungsbau ausweiten

Der starke Rückgang preisgebundener Mietwohnungsbestände bei steigendem Bedarf in den Großstädten spricht für eine deutliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Quotierungsregelungen im freifinanzierten Wohnungsneubau und der Kauf von Belegungsrechten sind erste Schritte, denen weitere folgen müssen. Zu vermeiden ist dabei eine reine Mengendebatte – sozialer Wohnungsbau im 21. Jahrhundert muss Qualitäten schaffen und offen sein für verschiedenartige

Lebensentwürfe und Wohnideale einer pluralen Gesellschaft. Das ILS plädiert dafür, die aktuellen Herausforderungen als Chance zu begreifen, unsere Städte und Gemeinden als Orte eines guten Lebens für alle Bevölkerungsteile weiterzuentwickeln. Es geht um eine Erneuerung des Versprechens der europäischen Stadt auf Integration unter den veränderten Bedingungen einer urbanisierten, pluralistischen und globalisierten Gesellschaft.

Editorial

Wie gewohnt berichtet das ILS über seine Aktivitäten, möchte sich aber mit dem Thema „Wachstum gestalten“ auch zur aktuellen Flüchtlingsdebatte zu Wort melden. Neben einer menschenwürdigen Erstunterbringung und der Entlastung besonders betroffener Kommunen sind aus unserer Sicht vor allem langfristige Bau- und Integrationsmaßnahmen und die Erarbeitung stadtrationaler Entwicklungskonzepte bedeutsam, da aufgrund bisheriger Erkenntnisse davon auszugehen ist, dass sich die Zuwanderung stärker auf die städtischen Ballungsräume konzentrieren wird. Diese aber stehen durch Trends der Reurbanisierung und die teilsräumlich stark gestiegene Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum bereits jetzt unter Druck. Wichtig erscheint deshalb, neben mehr interkommunaler Kooperation auch das Integrationspotenzial kleinerer und mittlerer Städte zu stärken.

Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre, friedliche Weihnachtstage und alles Gute für 2016!

Die gegenwärtige Flüchtlingszuwanderung als kommunale Herausforderung

Die Zuwanderung von Flüchtlingen wird gegenwärtig wie kaum ein anderes Thema diskutiert. Neben Aspekten der Unterbringung und des rechtlichen Status von Flüchtlingen stehen dabei auch zahlreiche Themen der Stadtentwicklung und des sozialen Zusammenhalts im Mittelpunkt des gesellschaftlichen und politischen Interesses. Das reicht vom Engagement einer Willkommensgesellschaft bis hin zur Integration in lokale Bildungs- und Arbeitsmärkte. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die Koordination und Gestaltung des Prozesses zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen eine Vielzahl von Akteuren und politisch-administrativen Zuständigkeiten betreffen und sich entsprechend komplex gestalten: Bisherige Gesetze, Verteilungsschlüssel oder gängige Handlungspraktiken, die die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen geregelt haben, werden zunehmend in Frage gestellt. Das reicht von der EU-Politik und dem Dublin-Verfahren bis hin zu nationalen, landesweiten und kommunalen Verteilungspolitiken.

Diese ambivalente Politik ebenso wie unsichere Prognosen zu weiteren Flüchtlingszahlen führen zu erheblicher Verunsicherung im politischen und fachlichen Diskurs. Dabei ist die Integration von Personen mit Migrationshintergrund im Zuge einer „bunter“ werdenden Gesellschaft als zentraler Teilprozess des demografischen Wandels schon seit einigen Jahrzehnten Querschnittsaufgabe unterschiedlicher, sich

überlagernder Handlungsfelder. Kommunen werden immer wieder – wie beispielsweise im Nationalen Integrationsplan 2007 – als „Orte der Integration“ bezeichnet. Sie bieten in ihren Quartieren die notwendigen sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen zur Integration. Aufgrund der hohen Zuwanderung, fehlenden Unterkünften und dem derzeitigen Zeitdruck schrumpfen jedoch die momentanen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen, diese Integrationsarbeit tatsächlich zu leisten.

Kommunen sind aktuell somit „doppelt gefordert“: Sie fungieren nicht nur als Standorte für Erstaufnahmeeinrichtungen und kommunale Unterbringungseinrichtungen für die Dauer des Asylverfahrens, sondern sind auch die Orte dauerhafter Integration. Aber wie werden die Flüchtlinge national verteilt? Auf Bundesebene sind die Bundesländer durch das Asylgesetz und das Asylbewerberleistungsgesetz zur Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung verpflichtet.

Darüber hinaus können die Länder eigene Aufnahmegesetze auflegen, die die anschließende Unterbringung innerhalb der Länder regeln. In NRW können Kommunen laut Flüchtlingsaufnahmegesetz länderspezifisch zur Unterbringung und Aufnahme verpflichtet werden. Die vom jeweiligen Land betriebenen Erstaufnahmeeinrichtungen sind dabei zunächst temporäre Unterkünfte für die Dauer von maximal sechs Monaten. Anschließend erfolgt die Unter-

bringung in einer kommunalen Einrichtung wie Sammelunterkünften, aber auch dezentral in Wohnungen bis zum Abschluss des Asylverfahrens, wobei der Standard der Unterkunft bundesweit nicht festgelegt ist. Da die Zuweisung der Flüchtlinge durch Verteilungsschlüssel erfolgt, spielen Faktoren wie die Situation auf den Wohnungsmärkten, die derzeitige kommunalfiskalische Lage oder bestehende Integrationsangebote zunächst keine Rolle. Das führt zu großen Unterschieden bei der Unterbringung und dem Leistungsspektrum an Integrationsmaßnahmen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen transparenter gestaltet werden sollte. Die Strukturen des Ankommens sollten in den Fokus gerückt und Kommunen als Akteure verstanden werden, die den Prozess aktiv mitgestalten und eben nicht nur Unterbringung gewährleisten, sondern darüber hinaus den gesamten Integrationsprozess begleiten. Eine solche ganzheitliche Sichtweise, welche die Flüchtlingszuwanderung nicht nur als gegenwärtiges Problem betrachtet, sondern auf bisherigem Wissen und Handlungslogiken aufbauend langfristige Integrationspolitiken der Ankommenden in den Kommunen vorsieht, sollte in der gegenwärtigen Debatte stärker mitgedacht werden.

Maike Wünnemann

Telefon: + 49 (0)231 9051-231

maike.wuennemann@ils-forschung.de

Lokale Integrationsbedingungen und sozialer Zusammenhalt

Bisherige Erfahrungen im Umgang mit Einwanderung zeigen, dass ein Großteil der Flüchtlinge auch dauerhaft in Deutschland bleiben wird. Langfristige Angebote und Strukturen zur Eingliederung in die Gesellschaft sind neben Fragen der unmittelbaren Unterbringung und Versorgung unabdingbar. Städte, Gemeinden und Quartiere sind als Orte der Integration sowie als Interventionsraum besonders wichtig. Neben Fragen der Verfügbarkeit von Gebäuden und Flächen für die Unterbringung sowie der Infrastrukturausstattung sind Sozialräume mit Blick auf ihre Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft allerdings sehr verschieden.



weiter auf Seite 4

Das ILS hat sich intensiv mit unterschiedlichen lokalen Integrationsbedingungen befasst. In dem Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ wurde gezeigt, dass auch im ländlichen Raum – allerdings insbesondere in Abhängigkeit vom regionalen Arbeitsmarkt – erhebliche Potenziale für Zuwanderung liegen. Eine proaktive und strategische Integrationspolitik kann in den übersichtlicheren kleinstädtischen Strukturen Integration zu einem Thema der gesamten Stadtgesellschaft machen. In ihrer Dissertation befasst sich zurzeit Susanne Kubiak mit der zentralen Bedeutung von Integrationskonzepten für solche stadtpolitischen Diskurse in unterschiedlichen städtischen Räumen.

Auch auf Ebene von städtischen Quartieren stellen sich unterschiedliche Herausforderungen. Es ist davon auszugehen, dass Zuwandernde verstärkt Wohnstandorte wählen, an denen Familienangehörige und Angehörige der eigenen ethnisch-kulturellen Gruppe leben und an denen die Mietpreise geringer sind. Das sind in den meisten Fällen städtische Räume, die schon heute sozial benachteiligt sind. Diese Sozialräume verfügen über weniger Ressourcen zur Aufnahme von vielen

neuen Menschen mit ebenfalls hohen Integrationsbedarfen. Die Gefahr von sozialen Konflikten scheint hier größer. Andererseits verfügen diese Quartiere auch über Erfahrung im Umgang mit Vielfalt. Herausforderungen des sozialen Zusammenhalts sind besonders in jenen Quartieren verstärkt zu erwarten, die in ihrer Entwicklung bislang in geringerem Maße vom Umgang mit Diversität geprägt sind. Jedoch illustrieren Forschungen aus dem europäischen Ausland, dass Migrant/-innen nicht nur für die Gesamtgesellschaft, sondern auch für benachteiligte Sozialräume ein wichtiges Potenzial darstellen können.

Das ILS hat im Rahmen des ExWoSt-Projekts „Integration und Stadtteilpolitik“ gezeigt, wie solche Quartiere sich den quantitativ stärkeren Zuwanderungsherausforderungen und Integrationsbedarfen durch eine integrierte Quartiersentwicklung stellen können. Hier haben sich Formen des Quartiersmanagements bewährt, wie wir sie vor allem aus dem Programm „Soziale Stadt“ kennen. Letztlich muss es politisch darum gehen, diese Quartiere, die die Integrationsaufgaben der Gesamtgesellschaft tragen, auch von außen und durch zusätzliche Ressourcen

zu stärken. Denn der soziale Zusammenhalt in Quartieren stellt sich nicht automatisch ein, sondern muss organisiert werden. Orte und Infrastrukturen der Begegnung müssen Gegenstand von Zukunftsinvestitionen sein, um den sozialen Zusammenhalt in diesen Quartieren zu gewährleisten. Im Forschungsprojekt „Durchlässigkeit und soziale Interaktion in Quartieren“ haben wir die zentrale Bedeutung von lokalen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen herausgearbeitet. Mit diesem Thema beschäftigt sich Isabel Ramos Lobato in ihrem aktuellen Dissertationsvorhaben.

Mit Blick auf die neuen Zuwanderungs- und Integrationsherausforderungen und Entwicklungen, die sich unter anderem in Form von Anschlägen auf Flüchtlingsheime und den Zulauf rechter Gruppierungen äußern, wird das ILS diese unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexte und Integrationsbedingungen in Zukunft noch stärker in den wissenschaftlichen Blick nehmen.

Ralf Zimmer-Hegmann

Telefon: + 49 (0)231 9051-240

ralf.zimmer-hegmann@ils-forschung.de

WORKANDHOME



Im Zuge der aktuellen Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelten differenzieren sich die Arbeitsformen immer weiter aus. Anstelle standardisierter, an feste Zeiten und Orte gebundener Arbeitsformen treten immer mehr befristete Verträge und zeitlich flexible Arbeitsarrangements, die unter anderem mit einer Vermischung von Wohnen und Arbeiten einhergehen können. Zu diesen spätmodernen Phänomenen zählen auch die Kleinst- und Solo-Selbstständigen, die in der eigenen Wohnung allein oder mit einzelnen Angestellten ein Geschäft betreiben. Zwar ist unter anderem durch Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) dokumentiert, dass die Zahl der Selbstständigen, und hier vor allem die Zahl der Solo-Selbstständigen, in Deutschland kontinuierlich zunimmt, über den Umfang oder die Zusammensetzung der „home-based self-employed workers and business owners (HBB)“ – so die englischsprachige Bezeichnung – ist aber kaum etwas bekannt.

Das Projekt WORKANDHOME wird in einer Kooperation von schottischen, niederländischen und deutschen Forschenden realisiert. Anliegen ist es, die Erkenntnisse zu dieser Arbeits- und Lebensform zu verbreitern. Das unter der Federführung von Dr. Darja Reuschke von der Universität in St. Andrews von der EU im Rahmen der „Starting Grants“ geförderte Projekt startet in 2015 und wird bis 2020 andauern. Beteiligte Forschungseinrichtung ist neben dem ILS die Universität Utrecht. Die vorgesehene Analyse der HBB stützt sich auf Sekundärdaten aus Bevölkerungsbefragungen und Surveys, aber auch auf eigene qualitative und quantitative Erhebungen. Beleuchtet werden dabei unter anderem die sozialen und ökonomischen Treiber, die Standortentscheidungen sowie die lokale Einbettung der HBB.

Andrea Dittrich-Wesbuer

Telefon: + 49 (0)231 9051-272

andrea.dittrich-wesbuer@ils-forschung.de

Verkehrlich-städtebauliche Auswirkungen des Online-Handels

Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft wandelt sich auch der Handel. So hat sich das online erwirtschaftete Handelsvolumen in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt und es wird prognostiziert, dass sein Anteil am Gesamtumsatz von heute knapp 10 auf 20 Prozent in 2020 steigen wird. Zugleich schreitet die Verzahnung von stationärem Handel und Online-Handel (Multichannel-Strategie) voran und die taggleiche Belieferung („same-day-delivery“) spielt eine immer wichtigere Rolle.

Das hat Auswirkungen auf die Verkehrsströme, die sich verlagern und verändern. Zu erwarten ist bspw. ein Rückgang des innerstädtischen Personenverkehrs sowie zusätzliche Freizeitwege durch Zeitersparnisse bei Online-Käufen. Im Güterverkehr profitieren vor allem Kurier-Express- und Paketdienste von den geringeren Sendungsgrößen, der fragmentierten Auslieferung und dem hohen Retouren-Aufkommen. In der Konsequenz entstehen eine höhere

Güterverkehrsleistung und Logistiknetzwerke, die über neue Standort-, Verteilungs- und Fahrzeugkonzepte die Belieferung der Kundenschaft sichern.

Auch siedlungsstrukturelle und städtebauliche Wirkungen sind langfristig denkbar. So kann ein partieller Rückzug des Einzelhandels aus der Fläche nicht ausgeschlossen werden. Das bedeutet große Herausforderungen für die Nahversorgung und hat erhebliche Auswirkungen auf Standortqualitäten, Bodenpreise und Arbeitsmärkte. Gleichzeitig kann der Online-Handel selbst Veränderungen im Siedlungsgefüge auslösen und die benötigte Logistikinfrastruktur stärker in die Zentren verlagern.

Das im September 2015 im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und



Raumforschung gestartete Projekt untersucht das gesamte Spektrum städtebaulicher und verkehrlicher Effekte des wachsenden Online-Handels. Das interdisziplinäre Team setzt sich neben dem ILS aus der Prognos AG in Berlin und der KE-Consult Kurte & Esser GbR, Wirtschafts- und Verkehrsberatung, in Köln zusammen.

Dr. Kathrin Konrad

Telefon: + 49 (0)231 9051-260

kathrin.konrad@ils-forschung.de

Start der Global Young Faculty IV



Die Global Young Faculty beim Arbeitstreffen in Heiligenhaus

Die Global Young Faculty ging am 30. und 31. Oktober 2015 in die nunmehr vierte Runde. Gefördert wird die Global Young Faculty von der Mercator-Stiftung. Erneut wagen 55 erstklassige Nachwuchswissenschaftler/-innen aus dem Ruhrgebiet den Blick über den disziplinären Tellerrand und arbeiten in den kommenden 18 Monaten in vier interdisziplinären Arbeitsgruppen zusammen:

- Entwicklungen der digitalen Society,
- Aufgaben der kommunikativen Universität,
- Nutzung von öffentlichen Räumen
- Freiheit und Grenzen der Forschung.

Mit Dr. Tine Köhler aus der Forschungsgruppe „Gebaute Umwelt“ hat sich zum vierten Mal in Folge eine ILS-Kandidatin erfolgreich für die GYF beworben. Sie wird

sich in der Arbeitsgruppe „Entwicklungen der digitalen Society“ engagieren.

Weitere Informationen unter:

www.global-young-faculty.de

Dr. Tine Köhler

Telefon: + 49 (0)241 409945-16

tine.koehler@ils-forschung.de

Nachhaltige Nutzung von Brachflächen – eine vergleichende Betrachtung von Portland und Düsseldorf



Daniel Eisenbeis, Bundeskanzler-Stipendiat, untersuchte während seines ILS-Forschungsaufenthalts den planerischen Umgang mit Brachflächen im US-amerikanischen Portland, Oregon und Düsseldorf. Eine zentrale Herausforderung bestand darin, dass sich die Definitionen von Brach-, Abbau- und Grünflächen in Deutschland und den USA unterscheiden und somit auch die vorhandenen Datensätze nicht einfach miteinander verglichen werden können. Analogien aber

gibt es bei den Planungsstrategien beider Städte. Sowohl Düsseldorf als auch Portland versuchen, den Flächenverbrauch zu begrenzen, den Wettbewerb auf der grünen Wiese und die Neuausweisungen zu reduzieren und stattdessen auf Flächenrecycling und Innenentwicklung zu setzen. Anders als in Deutschland stellt dieses Vorgehen – im fragmentierten US-amerikanischen System – eher eine Besonderheit dar.

Daniel Eisenbeis präsentierte seine Ergebnisse im Umweltministerium NRW und veröffentlichte ein englischsprachiges Research Paper, welches über die ILS-Webseite zugänglich ist. Generell empfiehlt er die Möglichkeiten zur Finanzierung nachhaltiger Nutzungskonzepte zu verbessern, den Wettbewerb von Ausweisungen auf der grünen Wiese weiter einzuschränken und zudem gezielt Förderanreize für solche Brachflächen zu entwickeln, deren Entwicklung von öffentlichem Interesse ist, für die aber ökonomisch wenig Investitionsimpulse zu erwarten sind.

Symposium der Humboldt-Stiftung in Jerusalem



Dr. Heike Hanhörster, Forschungsgruppe „Sozialraum Stadt“, zählt zu den fünfzig herausragenden geistes- und sozialwissenschaftlichen Postdoc-Stipendiatinnen und -Stipendiat/-innen aus Israel und Deutschland,

die in diesem Jahr von der Alexander von Humboldt-Stiftung zum 7. GISFOH-Symposium nach Jerusalem eingeladen wurden.

Die interdisziplinäre Veranstaltungsreihe wird von der Israelischen Akademie der Wissenschaften (IASH) und der Alexander von Humboldt-Stiftung organisiert. Das Format der Konferenz ermöglicht den Austausch von Ideen über disziplinäre und nationale Grenzen hinweg und bietet zahlreiche Möglichkeiten für Kooperationen und Vernetzung. Die Symposien finden abwechselnd in Israel und Deutschland statt. Die Finanzierung auf deutscher Seite stellt das Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Verfügung.

Mobilitätsverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland – Annäherungen an eine unbekannte Größe

Der demografische Wandel und die aktuelle Zuwanderung von Flüchtlingen werden in vielen Teilen Deutschlands zu einer zunehmenden Internationalisierung und größeren kulturellen Vielfalt führen. Menschen mit Migrationshintergrund werden jedoch bislang in Deutschland kaum in der Verkehrs- und Mobilitätsforschung berücksichtigt, obwohl das individuelle Mobilitätsverhalten von großer Bedeutung für eine zukunftsfähige, umwelt- und sozialverträgliche Stadtentwicklung ist. Mobil sein zu können, ist außerdem eine elementare Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und damit auch für die Integration.

Ziel des Dissertationsvorhabens von **Janina Welsch**, Forschungsgruppe „Alltagsmobilität und Verkehrssysteme“, ist es, die Wissenslücken in Bezug auf die Alltagsmobilität von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zu verkleinern. Denn Studien aus den USA



und Europa deuten darauf hin, dass sich Migrant/-innen zum Beispiel beim Führerschein- oder Pkw-Besitz und hinsichtlich der Verkehrsmittelnutzung deutlich von der einheimischen Bevölkerung unterscheiden – zumindest in den ersten Jahren nach der Zuwanderung. In ihrer Arbeit werden sowohl das Ausmaß möglicher Unterschiede,

als auch Ursachen, Wirkzusammenhänge und individuelle Einflussfaktoren empirisch erfasst und analysiert. Als primäres Fallbeispiel dient Offenbach am Main, eine westdeutsche Großstadt mit einem besonders hohen Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Auf Basis einer quantitativen telefonischen Befragung werden die alltägliche Mobilität untersucht und relevante Einflussgrößen identifiziert. Teilqualitative Interviews mit Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Ruhrgebiet liefern tiefere Einblicke in Verkehrsmittelnutzung, Statuszuschreibungen sowie mobilitätsbezogene Einstellungen und Sozialisationserfahrungen. Die Arbeit zielt darauf, das Mobilitätsverhalten von Migrant/-innen besser zu verstehen und einen Beitrag dahingehend zu leisten, dass die Mobilitätsbedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe in Planung und Politik stärker berücksichtigt werden.

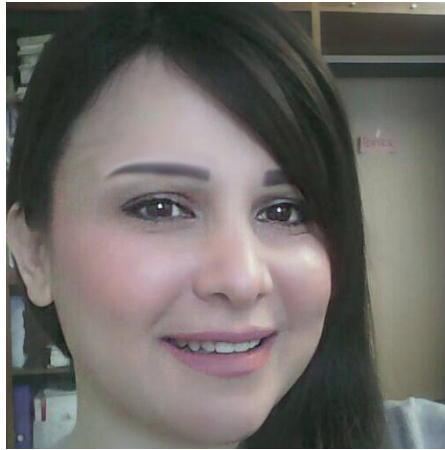
Zu Gast an der ETH Zürich



Hendrik Jansen, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Metropolitane Räume“ war im Oktober 2015 als Visiting Research Fellow an der ETH Zürich zu Gast. Sein Aufenthalt an der Eidgenössischen Technischen Hochschule diente der vergleichenden Feldforschung im Rahmen des ILS-Fokusprojekts „Neue Zentralitäten in der metropolitenen Ökonomie“.

Fachlich betreut und eingebunden am Institut für Städtebau am Department Architektur, welches von Prof. Kees Christiaanse geleitet wird, nutzte Hendrik Jansen seinen Forschungsaufenthalt vor allem für die Analyse der Nachverdichtungsstrategien, der Suburbanisierungstendenzen und deren städtebaulicher Qualifizierung in der Metropolregion Zürich.

Zu Gast am ILS



Rasha Abdullah studierte Architektur an der Tishreen Universität von Lattakia in Syrien und arbeitete danach als Architektin. In ihrer Dissertation zum Thema „Der türkisch-islamische Einfluss auf den Städtebau in der Bundesrepublik Deutschland“, die sie derzeit an der Fakultät für Agrar- und Umweltwissenschaft der Universität Rostock schreibt, untersucht sie vergleichend die Einflüsse von Bewohnerinnen und Bewohnern auf städtische Räume. Sie betrachtet im Rahmen der Fallstudie Duisburg-Marxloh und gegebenenfalls Berlin-Kreuzberg Unterschiede und Besonderheiten deutscher und türkischer Kultur(en), um Vorschläge für künftige städtische Gestaltungsstrategien zu entwickeln und den kulturellen Beitrag türkischstämmiger und muslimischer Bürger/-innen in Deutschland sichtbar zu machen. Sie ist während ihres Forschungsaufenthalts am ILS in die Arbeit der Forschungsgruppe „Sozialraum Stadt“ eingebunden.

Neue Mitarbeiter



Frederik Epping, B.Sc., studiert Geographie an der Universität zu Köln. Seine Themenschwerpunkte sind aktuelle innerstädtische Gebietsentwicklungen in Nordrhein-Westfalen, Reurbanisierungstendenzen in deutschen Großstädten sowie GIS-gestützte Siedlungs- und Flächenentwicklung. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter unterstützt er die Forschungsgruppe „Entwicklung von Stadtregionen“.

frederik.epping@ils-forschung.de



Björn Schaffrath erwarb am Dortmunder Fritz-Henßler-Berufskolleg die mittlere Reife im Bereich Farb- und Raumgestaltung und begann im August seine Ausbildung zum „Kaufmann für Bürokommunikation“ im ILS. Davor nahm er an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme im Bereich Garten- und Landschaftsbau teil.

bjoern.schaffrath@ils-forschung.de

Vertretungsprofessur an der RUB



Dr. Mario Reimer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Entwicklung von Stadtregionen“ hat zum 1. Oktober die kommissarische Vertretung des Lehrstuhls „Internationale

Stadt- und Metropolenentwicklung“ von Prof. Dr. Uta Hohn am Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum übernommen.

Verabschiedung von Ulli Meisel

Zum 31. Oktober 2015 wurde **Prof. Dipl.-Ing. Ulli Meisel** in den Ruhestand verabschiedet. Im Zuge der Neugründung des ILS als exzellenzorientiertes außeruniversitäres Forschungsinstitut übernahm er als stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe „Gebaute Umwelt“ eine verantwortungsvolle Führungsaufgabe, die er engagiert ausfüllte. Wichtig für das ILS und die gute Kooperation mit der RWTH Aachen war überdies sein langjähriges Wirken als Honorarprofessor an der Aachener Universität. Dort lehrte er „Nachhaltige Bestandsentwicklung“ und betreute zahlreiche Master- und Promotionsarbeiten. Fachlich befasste sich Ulli



Meisel intensiv mit dem Thema der nachhaltigen Bestandsentwicklung und zuletzt auch kritisch mit den Grenzen der Bestandserhaltung. Analytisch nahm er dabei vor allem das Quartier als städtischen Teilraum einer integrierten Bestandsentwicklung in den Blick. Darüber hinaus hat Ulli Meisel seine wissenschaftliche Expertise aktiv zur Beratung von Politik und Planung genutzt.

Das ILS dankt Ulli Meisel für seine großen persönlichen Verdienste und seinen Beitrag zur erfolgreichen Neugründung und Reorganisation des Instituts und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Wiedernutzbarmachung von Tagebauflächen – Projektabschluss



Renaturierte Tagebaufläche in Belgien

Seit Anfang 2013 wurden im Interreg IVb-Projekt „RESTORE – Restoring Mineral Sites for Biodiversity, People and the Economy across North West Europe“ zusammen mit sieben europäischen Partnern Lösungsansätze für die Nachnutzung von Tagebauflächen untersucht. Das Projekt wurde im Herbst dieses Jahres abgeschlossen.

Ziel von RESTORE war es, den planerischen Umgang mit der Revitalisierung von Tagebauflächen zu verbessern, indem der gesellschaftliche Nutzen von Ökosystemdienstleistungen renaturierter Tagebauflächen herausgestellt wurde. Die Wie-

dernutzbarmachung von Abbauflächen schafft Rückzugsräume für Tiere, Pflanzen und den Menschen und lässt so Win-win-Situationen entstehen. Mithilfe von Fallbeispielen wurde erforscht, welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Effekte attraktive, naturnahe Konzepte für die Nachnutzung von Abbauflächen entfalten können.

Das ILS hat die durch rekultivierte Abbauflächen erbrachten Ökosystemdienstleistungen in drei Fallstudien in Belgien und den Niederlanden gemessen und die gesellschaftlichen Wohlfahrtseffekte durch verschiedene ökonomische Bewer-

tungsmethoden erfasst. Dabei hat das ILS gemeinsam mit der Royal Society for the Protection of Birds (RSPB) für jede Fallstudie realistische Rekultivierungsszenarien entworfen, um die Unterschiede hinsichtlich der Ökosystemdienstleistungen abzuschätzen. Anschließend wurden diese für jedes Szenario gemessen (zum Beispiel anhand von Boden- und Gewässerproben oder Besucherzählungen) und die entstehenden Wohlfahrtseffekte ökonomisch beziffert (zum Beispiel durch Zahlungsbereitschaftsbefragungen). Generell zeigt sich, dass multifunktional geplante Nachnutzungskonzepte, die neben dem Fokus der Renaturierung auch die Naherholungsansprüche der Gesellschaft berücksichtigen, sehr hohe Wohlfahrtseffekte entfalten.

Abschließend wurden die Ergebnisse zusammengefasst und den beteiligten Akteuren wie Bürgerinnen und Bürgern, Naturschutzorganisationen, der Industrie und Planung etc. zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise werden Vergleiche zwischen unterschiedlichen Nachnutzungsalternativen möglich und die Entscheidungsfindung in der Planungspraxis unterstützt.

Alle Projektergebnisse finden sich in detaillierter Form auf der Projekthomepage www.restorequarries.eu

Dr. Karsten Rusche
Telefon: +49 (0)231 9051-234
karsten.rusche@ils-forschung.de

Aktuelle Gebietsentwicklungen in Nordrhein-Westfalen – Ein Beitrag zur „Urban Agenda“?

Die aktuelle Initiative der EU-Kommission zur „Urban Agenda“ soll die Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen der Stadtentwicklung unterstützen. Im Mittelpunkt stehen hierbei insbesondere folgende Aspekte:

- Städte als Motor für hochqualifizierte Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum
- Inklusive, diverse und kreative Städte
- Intelligente Städte
- Grüne und gesunde Städte
- Städtische Verwaltung und Innovation



Phoenixsee in Dortmund

Unter der Ratspräsidentschaft der Niederlande 2016 soll der „Urban Agenda“-Prozess weiter vorangetrieben werden. Vor diesem Hintergrund hat das ILS im Auftrag des niederländischen Projektentwicklers BPD Immobilienentwicklung GmbH eine Kurzstudie erarbeitet, in der aktuelle Gebietsentwicklungen aus Nordrhein-Westfalen untersucht wurden. Gegenstand der Untersuchung waren neue Stadtquartiere, die durch eine gesamtstädtische Bedeutung, eine einheitliche Planung und einen Schwerpunkt im Bereich Wohnen gekennzeichnet sind.

Als Fazit der Studie konnte festgestellt werden, dass die große Mehrzahl der betrachteten Projekte einen nennenswerten Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung leistet und damit wesentliche Ziele der „Urban Agenda“ umsetzt. So handelt es sich in der Regel um gute Beispiele der Innenentwicklung, bei denen Brachflächen mit unterschiedlichen Vornutzungen wieder aktiviert werden. Ebenso spielt der Aspekt der grünen und gesunden Städte eine große Rolle, häufig wird mit attrakti-

ven Grün- und Freiflächen offensiv für die Gebietsentwicklungen geworben.

Zudem orientieren sich die realisierten Wohneinheiten zumeist an den neuesten Standards der Energieeffizienz. Darüber hinaus gibt es allerdings kaum innovative Systemlösungen, die den Aspekt der intelligenten Städte mit Leben füllen. Das Thema der Nutzungsmischung ist für die Gebietsentwicklungen durchaus bedeutsam. Doch gelingt es bislang eher selten, feinkörnige Formen von Mischung zu realisieren. Der Grad der sozialen Mischung hängt stark davon ab, inwieweit die Kommunen mithilfe entsprechender Baulandbeschlüsse sozialen und preisgedämpften Wohnungsbau durchsetzen können.



Germania Campus in Münster

Insgesamt hat sich gezeigt: Ein intensiver Erfahrungsaustausch über aktuelle Gebietsentwicklungen in verschiedenen europäischen Ländern ist wertvoll. Weitere Aktivitäten dieser Art werden von den an der Kurzstudie beteiligten Akteuren sehr begrüßt.

Frank Osterhage

Telefon: + 49 (0)231 9051-216

frank.osterhage@ils-forschung.de

Wissenschaft begleitet Praxis – nachhaltige Entwicklung im Kreis Unna



World Cafés auf der Fachtagung „Zukunftsfähige Mobilität im Kreis Unna“

Wie viele andere steht auch der Kreis Unna vor einer Vielzahl an gesellschaftlichen Herausforderungen, die Einfluss auf verschiedene Lebens-, Umwelt- und Wirtschaftsbereiche nehmen. Klimatische Veränderungen, ein immer noch steigender Ressourcen- und Flächenverbrauch, vielfach rückläufige Einwohnerzahlen und eine alternde Bevölkerung, aber auch angespannte kommunale Haushaltslagen erfordern nachhaltige und transparente

politische und planerische Entscheidungsprozesse auf der Grundlage einer validen und umfassenden Datenbasis. Der Kreis Unna hat im Rahmen der Fördermaßnahme „ZukunftWerkStadt“ des BMBF hierfür eine regionale Nachhaltigkeitsstrategie unter dem Slogan „Lebenswerte – Nachhaltige Entwicklung im Kreis Unna“ entwickelt und beschlossen. In der zweiten Phase des Förderprogramms „Umsetzung der Projekte vor Ort“ hat das ILS gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. und dem Kreis Unna die Strategie in einem einjährigen Prozess (September 2014 bis August 2015) vertiefend weiterentwickelt. Da die ursprüngliche Strategie vielfach Aspekte herausstellt, deren Implementierung in den Städten und

Gemeinden erfolgen muss, war ein zentraler Projektbaustein der zweiten Phase die Entwicklung von Umsetzungsstrategien, zum Beispiel für die Bereiche Mobilität und Beschäftigung/Wirtschaft, unter umfassender Beteiligung der Bürger/-innen mit Hilfe von unterschiedlichen Dialog-, Konsultations- und Partizipationsformaten. Für eine weitergehende Institutionalisierung der Nachhaltigkeitsstrategie auf politisch-administrativer Ebene erfolgte zudem eine direkte Einbeziehung aller Bürgermeister/-innen des Kreises im Rahmen des Bürgermeisterdialogs Nachhaltigkeit.

Als ein weiterer Baustein zur Verstärkung eines nachhaltig orientierten Verwaltungshandelns wurde sukzessive die Integration der Nachhaltigkeitsziele in den Kreishaushalt angestoßen. Zusätzlich wurde das in der ersten Förderphase entwickelte Indikatorensystem zur Messung der Nachhaltigkeit einer ersten Evaluation unterzogen.

Sebastian Eichhorn

Telefon: + 49 (0)231 9051-279

sebastian.eichhorn@ils-forschung.de

Erfolgreiche JRF-Veranstaltung zur Zukunft der urbanen Infrastrukturen in NRW



T. Grünewald, Referierende und die Podiumsteilnehmenden

Der Veranstaltungseinladung der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft in die Düsseldorfer Akademie der Wissenschaft und Künste folgten rund 100 Gäste.

Einleitend unterstrich Staatssekretär Dr. Thomas Grünewald noch einmal die Bedeutung einer kooperativen, interdisziplinären und gesellschaftsorientierten JRF-Forschung für Nordrhein-Westfalen. Fachlich illustrierten die fünf Impulsvorträge die disziplinäre Breite und den interdisziplinären Mehrwert der in der JRF zusammengekommenen Institute.

In der anschließenden Podiumsdiskussion zwischen Politik, Wirtschaft und Stadtentwicklung lag der Fokus auf der aktuellen Flüchtlingssituation, die als Herausforderung, aber mehrheitlich auch als Chance gesehen wurde. Kulturelle Anknüpfungspunkte für Flüchtlinge wurden vom Podium eher im urbanen Kontext gesehen, gleichzeitig sei Zuwanderung aber nicht allein in den Ballungszentren zu lösen. Dezentrale und regional abgestimmte sowie kleinräumlich differenzierte Lösungsstrategien bedürfen künftig verstärkter interkommunaler Kooperation. Der gelungenen Auftaktveranstaltung der JRF werden weitere folgen.

Aufbau des Netzwerks: Grüne Infrastruktur NRW

Seit Jahren widmet sich das ILS dem Thema „Grüne Infrastrukturen“. Aufbauend auf dieser Expertise wird unter der Federführung des ILS seit Oktober 2015 das Netz-

werk „Grüne Infrastruktur“ NRW etabliert. Das von der Stiftung Zukunft NRW finanzierte Projekt soll den landesweiten Erfahrungsaustausch von kommunaler Praxis zur Gestaltung und Implementierung grüner Infrastruktur anstoßen. Das ILS übernimmt die Funktion des Netzwerkkoordinators. So werden unter anderem regelmäßige Netzwerktreffen stattfinden, die einzelne Facetten grüner Infrastrukturen detailliert beleuchten. Kommunen, die sich mit der Entwicklung der grünen Infrastruktur als wichtigem strategischen Element der Stadt- und Regionalentwicklung befassen und bereit sind, ihre Erfahrungen einzubringen, sind eingeladen, dem Netzwerk beizutreten.

Leibniz im Landtag zum sechsten Mal erfolgreich

Wissenstransfer leichtgemacht!

Am 3. September 2015 besuchten Wissenschaftler/-innen der Leibniz-Institute in NRW interessierte Abgeordnete im Düsseldorfer Landtag. Politiker/-innen aller Parteien nutzten bereits zum sechsten Mal die Möglichkeit, zentrale Themen fachkundig zu erörtern und sich zugleich ein Bild von der Vielfalt der wissenschaftlichen Expertise der nordrhein-westfälischen Leibniz-Einrichtungen zu machen. Das ILS war mit acht Gesprächen beteiligt: Die Nachwuchswissenschaftler Moritz Hans und Martin Schulwitz informierten über „Infrastrukturen im demografischen Wandel“, und Dr. Dirk Wittowsky war mit dem Thema „Jugendmobilität im digitalen Wandel“ vertreten. Außerdem bot Dr. Heike Hanhörster fachlichen Austausch zum Thema „Zugangschancen von Migrant/-innen auf dem Wohnungsmarkt“ an.



Eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Wissenschaftsjahr 2015

Zukunftsstadt

Zukunftsstadt – gemeinsam mehr Wissen schaffen

Darüber hinaus beteiligte sich das ILS auch in der zweiten Jahreshälfte an zahlreichen Veranstaltungen des laufenden Wissenschaftsjahrs. In Kooperation mit dem Zoologischen Forschungsmuseum Alexander Koenig hielt Runrid Fox-Kämper einen Vortrag zu urbanem Gärtnern und gesellschaftlichem Wandel im Leibniz-Museum in Bonn.

Andrea Dittrich-Wesbuer nahm an der experimentell-interaktiven Wissensshow „Urbane Visionen“ des Deutschen Instituts für Urbanistik im Dortmunder U teil. Dort fand auch das von ILS und Wissenschaft im Dialog veranstaltete Nachtcafé „Alles nah, alles da? Mobil und versorgt im Quartier“ statt. Im Rahmen einer sehr lebendigen Diskussion standen hier Dr. Kathrin Konrad sowie Dr. Michael Frehn von der Planersocietät den Fragen des Moderators und des Publikums Rede und Antwort.

Forschung, die bei den Menschen ankommt

Die Leibniz-Gemeinschaft steht für Forschung in der Gesellschaft und für die Gesellschaft. Dafür stehen bundesweit 89 Forschungseinrichtungen – elf davon in Nordrhein-Westfalen, die in ihrer Forschung Erkenntnisgewinn mit Anwendungsorientierung verbinden und den gesellschaftspolitischen Dialog aktiv suchen.



Neben dem bewährten Format „Leibniz im Landtag“ haben die Leibniz-Institute Nordrhein-Westfalens in diesem Jahr erstmals eine gemeinsame Broschüre herausgegeben, die ausgewählte Projekte aus den Leibniz-Einrichtungen in NRW vorstellt und so einen Einblick in die Vielfalt und die gesellschaftliche Relevanz aktueller Leibniz-Forschung bietet. Die Broschüre kann über die ILS-Webseite kostenfrei heruntergeladen werden.



IRS in Erkner bekommt neuen Namen

Das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) bekommt Anfang 2016 einen neuen Namen. Die Mitgliederversammlung des IRS e. V. hat die Umbenennung in „Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung“ im September 2015 beschlossen. Den alten Namen hatte das Institut seit seiner Gründung im Jahr 1992 geführt.

„Den neuen Namen sehe ich als Meilenstein in der Entwicklung des Instituts an“, sagt die Direktorin, Prof. Dr. Heiderose Kilper. „Er verweist auf die dynamische Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems, zu der wir durch die fortwährende Formulierung und Erschließung neuer For-

schungsthemen und -gebiete beitragen.“ Von einem praktisch ausgerichteten Institut, welches die räumliche Entwicklung und Planung der neuen Bundesländer in der Transformationszeit nach der Wiedervereinigung begleiten sollte, ist in den vergangenen 23 Jahren ein international ausgerichtetes Forschungsinstitut geworden, das die Raumkontexte und Raumbezüge sozialen Handelns erforscht.

„Endlich steht auch drauf, was im IRS schon seit Jahren drin steckt“, so Prof. Kilper. Das Akronym IRS bleibt bestehen, der englische Name lautet zukünftig „Leibniz Institute for Research on Society and Space“.

Biologische Vielfalt in Städten – Von der nationalen Strategie zum lokalen Handeln



**Leibniz-Institut
für ökologische
Raumentwicklung**

Wie können Städte auch in dicht bebauten Innenbereichen die Vielfalt von Lebensräumen, Pflanzen und Tieren erhalten und stärken und damit zur Umsetzung der „Nationalen Strategie für biologische Vielfalt (NBS)“ auf lokaler Ebene beitragen? Dieser Frage geht das Projekt „Städtische Grünstrukturen für biologische Vielfalt“ unter Federführung des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) nach. Ziel ist es, Kommunen dabei zu unterstützen, den Schutz der biologischen Vielfalt fest in ihren Planungen zu verankern. Trotz erster Ansätze fehlen in den Städten häufig noch übergreifende Strategien, die das gesamte Stadtgebiet und insbesondere den Innenbereich berücksichtigen.

Ein Problem in Städten ist die Konkurrenz um Flächen. Fragen der Begrünung und damit auch der biologischen Vielfalt treten häufig in den Hintergrund, wenn geplant und entschieden wird, wie die wenigen freien Flächen im Inneren der Städte genutzt werden sollen. Der Schutz der biologischen Vielfalt müsste in diese Planungsprozesse von vornherein fest integriert sein. Nur so kann er strategisch im gesamten Stadtgebiet umgesetzt werden. Wissenschaftler des IÖR, des Instituts Umwelt und Wohnen (IWU) und der



Wald- und Wiesenflächen mitten in der Stadt, wie hier in Bielefeld, tragen zum Schutz der biologischen Vielfalt bei.

Deutschen Umwelthilfe (DUH) sowie Mitarbeiter der Städte Bielefeld und Heidelberg suchen nun nach Wegen, wie dies zu realisieren ist.

Dabei könnte es helfen, den Schutz der biologischen Vielfalt vom Menschen her zu denken. Denn vielfältige und miteinander vernetzte Grünflächen sind nicht nur wichtig für die Biodiversität in Städten, sie verbessern außerdem die Luftqualität und das Stadtklima und bieten den Stadtbewohnern Raum für Sport, Erholung und Naturerleben.

In den Umweltämtern der Kommunen ist dieses Wissen um die Vorteile für Mensch und Natur vorhanden. Wichtig ist es, auch andere Bereiche der Stadtverwaltungen zu sensibilisieren und die Themen strategisch in den Planungen zu verankern. Die Städte Bielefeld und Heidelberg erar-

beiten deshalb im Projekt Eckpunkte für ihre jeweilige Strategie zum Schutz der biologischen Vielfalt, sie entwickeln konkrete Maßnahmen und setzen diese in ausgewählten Erprobungsräumen um. Als Ergebnis sollen Leitlinien entstehen, die auch andere Kommunen nutzen können. Gefördert wird das Forschungsvorhaben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und dem Bundesamt für Naturschutz.

Weitere Informationen unter: www.ioer.de/projekte/urban-nbs

Ansprechpartnerin im Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung:

Dr. Juliane Mathey,
Telefon: (0351) 46 79-231,
E-Mail: J.Mathey@ioer.de

- 19. Januar 2016** **Städtebauliches Kolloquium Winter 2015/16**
„Reurbanisierung vs. Suburbanisierung. Instrumente und Strategien, Rudolf Chaudoire Pavillon, TU Dortmund, Campus Süd
- 22. Januar 2016** **ARL/DASL-Veranstaltung „Planung in der Status-Quo-Gesellschaft – Wie ist Wandel möglich?“**
 Lensing-Carrée Conference Center (LCC), Dortmund
- 11. März 2016** **19. Konferenz für Planerinnen und Planer NRW**
„Zukünfte des Wohnens in NRW“, NRW.Bank Münster
- 9./10. September 2016** **International Conference „GROWING IN CITIES – Interdisciplinary Perspectives on Urban Gardening“**,
 University of Applied Sciences and Arts Northwestern Switzerland FHNW, Basel, Switzerland

Weitere Informationen unter:

<http://www.ils-forschung.de/index.php?lang=de&s=veranstaltungen>



Wir wünschen Ihnen
 ein erfolgreiches
 und gesundes
 neues Jahr!

Impressum

Herausgeber

ILS – Institut für Landes- und
 Stadtentwicklungsforschung gGmbH
 Brüderweg 22 - 24, 44135 Dortmund
 Postfach 10 17 64, 44017 Dortmund
 Telefon +49 (0)231 90 51-0
 Fax +49 (0)231 90 51-155
 ils@ils-forschung.de
 www.ils-forschung.de

Auflage

1.000 Exemplare

Ausgabe 3/15, Dezember 2015

ISSN 1867-6790

© ILS 2015, alle Rechte vorbehalten

Redaktion

Tanja Ernst (v.i.S.d.P.)
 Jan Balke
 Roswitha Großmann
 Ulli Meisel
 Jutta Nordholt
 Mechthild Stiewe
 Ralf Zimmer-Hegmann

Layout

Sonja Hammel

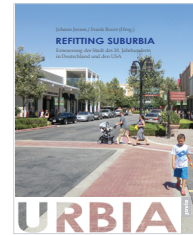
Druck

S+G DRUCK, Ahorn-Triebsdorf

Fotos

Titel: Fotolia/P. Vakhrushev
 S. 4: PhotoDisc
 S. 5 Fotolia/bluraz, unten: Mercator Research
 Center Ruhr GmbH/S. Bierwald
 S. 9 unten: J. Theobald
 S. 10 oben links: JRF e. V.
 S. 10 Mitte: Leibniz im Landtag NRW/
 F. Wiedemeier
 S. 11 oben: J. Zwilling
 S. 11 unten: IÖR/S. Rößler
 S. 12 Mitte: JRF e. V.
 alle anderen: ILS

ILS-Institut für Landes- und
 Stadtentwicklungsforschung



Refitting Suburbia. Erneuerung der Stadt des 20. Jahrhunderts in Deutschland und den USA

Hrsg.: Jessen, Johann;
 Roost, Frank, 2015,
 JOVIS Verlag, Berlin,
 ISBN 978-3-86859-344-0



Wissenschaft trifft Koh- lenpott. Forschen und Leben im Ruhrgebiet

Autor/-innen: Beckmann,
 Joscha; Behr, Björn;
 Czudaj, Robert; Hertwig,
 Jana; Joachim, Stephanie
 Christine; Kaluza, Stefan;
 Kley, Rudolf Andre; Koh-
 nen, Rabea; Rehlinghaus,
 Franziska; Reimer, Mario;
 Sattler, Julia; Schuck,
 Christoph, 2015, Klartext
 Verlag, Essen, ISBN 978-
 3-8375-1305-9



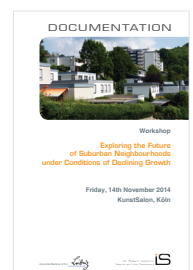
Forschung, die bei den Menschen ankommt. Die Leibniz-Gemein- schaft in Nordrhein- Westfalen

Hrsg.: Leibniz-Gemein-
 schaft NRW, 1. Auflage
 September 2015,
 S. 1–34.



Infrastruktur im demo- grafischen Wandel – die Beispiele kommunale Verkehrsflächen und Grundschulen

Autor/-innen: Isabel
 Ramos Lobato, Stefan
 Kaup u. Sabine Weck.
 Hrsg.: ILS – Institut für
 Landes- und Stadtentwick-
 lungsforschung, 2015



Exploring the Future of Suburban Neighbour- hoods under Conditions of Declining Growth

Hrsg.: Tine Köhler u.
 Magdalena Leyser-
 Droste, Dokumentation
 des ILS-Workshops am
 14. November 2014 in
 Köln

Weitere Informationen zu Neuerscheinungen
 und Veröffentlichungen finden Sie unter:

www.ils-forschung.de/publikationen